Sehnsucht nach Tito

Warum Krieg im Kosovo? Der Kommunismus hielt die zerstrittenen Völkerschaften Südslawiens mit eiserner Faust zusammen. Wenn der Westen jetzt als Ordnungsmacht versagt, droht ein Krieg aller gegen alle.

Als „neuen Mussolini“ rühmte ein kommunistisches Jugendblatt aus der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien den gerade in der Südrepublik Serbien gekrönten KP-Chef Slobodan Milošević. Das war kurz vor der historischen Wende im Osten Europas.

Ihm fehle zwar noch das Roß, schrieb die Ljubljaner Zeitung „Mladina“, und er sei auch nicht ganz so fesch gekleidet, aber er erfülle schon manche Funktion eines Märchenprinzen: einer, der sofort herbeieile, wenn er höre, irgendwo seien serbische Frauen von Albanern vergewaltigt worden, einer, der rechtzeitig erkenne, wenn „bourgeoise Kräfte“ das sozialistische Jugoslawien bedrohten. Einfach ein Mann mit Ambitionen, mit Führerqualitäten.

Schreie, Sprechchöre, aufpeitschende Reden, das war der Sommer 1988. Tausende Serben marschierten durchs Land und forderten ein „geeintes Serbien, eine neue Führung, einen neuen Kurs“. Ein Vielvölkerstaat Großserbien sollte die Macht über alle Nichtserben übernehmen.

Großveranstalter Milošević verstand es, Zwietracht und Haß zwischen den Völkern zu säen, die seit dem Tod des kommunistischen Staatsgründers und strahlenden Übervaters Tito orientierungslos in eine katastrophale Wirtschaftskrise geraten waren.

Im einst sozialistischen Musterland lebten Ende der achtziger Jahre mehr als die Hälfte aller Werktätigen am Rand der offiziellen Armutsgrenze, bei einer Inflationsrate von über 200 Prozent. Der Retter in der Not war – zumindest für die Serben –

JUGOSLAWIEN

Unter Marschall Tito ein Vielvölkerstaat, bestand aus sechs Republiken (Slowenien, Kroatien, Bosnien, Serbien und Mazedonien) und zwei autonomen Provinzen (Kosovo und Vojvodina). Nach dem Auseinanderbrechen 1991/92 blieben in Rumpfjugoslawien die Teilrepubliken Serbien und Montenegro. Kosovo und Vojvodina wurden schon 1989 gleichgeschaltet. Jeder dritte Einwohner im heutigen Jugoslawien gehört einer Minderheit an. Außer den fast 1,8 Millionen Albanern leben noch 615 000 Montenegriner, 340 000 Ungarn, daneben Bosnier, Kroaten, Mazedonier und Slowenen unter serbischer Vorherrschaft. Vor allem Montenegriner, Ungarn und Bosnier drohen bei einer Zuspitzung des Kosovo-Konflikts mit der Abspaltung ihrer geschlossenen Siedlungsgebiete von Belgrad.

KROATIEN

Etwa 4,7 Millionen Einwohner, davon rund 120 000 Serben, sowie Italiener und Ungarn. Im kroatisch-serbischen Krieg verließen etwa 400 000 Serben ihre angestammten Siedlungsgebiete in der Krajina und Ostslawonien. Staatspräsident Franjo Tudjman hat immer wieder Ansprüche auf die mehrheitlich kroatisch besiedelte Herzegowina mit der Provinzhauptstadt Mostar im Nachbarstaat Bosnien erhoben. Die Serben wiederum könnten Ostslawonien, das sie 1998 nach sechsjähriger Besetzung an Kroatien zurückgeben mußten, und die Krajina erneut beanspruchen.

BOSNIEN-HERZEGOWINA

Seit dem Friedensschluß von Dayton 1995 wird die Dreivölkerrepublik (38 Prozent muslimische Bosnier, 40 Prozent Serben, 22 Prozent Kroaten) nur mit Hilfe einer internationalen Stabilisierungsstreitmacht (etwa 33 000 Soldaten, darunter 2700 Deutsche) befriedet. Kroaten wie Serben stellen die Existenz des jungen Staates immer wieder in Frage, beide behaupten, die Bosnier seien eine erst von Tito künstlich geschaffene Nation.

ALBANIEN

ist ein Balkanstaat mit alten Trennungslinien zwischen den Volksgruppen, die Gegen im Norden und die Tosken im Süden. Während im Norden archaisch anmutende Clanstrukturen lange intakt blieben, leben die Tosken im reicheren Süden. In Südalbanien lebt eine griechische Minderheit, die oft Opfer von Verfolgung war und im Konfliktfall als Flüchtlinge nach Griechenland strömen könnte.

MAZEDONIEN

ist der südlichste Balkanstaat aus der Erbmasse des untergegangenen Tito-Reichs, ein Vielvölkerstaat wie Jugoslawien. Mindestens 23 Prozent, möglicherweise sogar ein Drittel der knapp zwei Millionen Einwohner sind Albaner. Außerdem leben im Norden des Landes über 40 000 Serben, im Osten Bulgaren und Türken. Bei einem Überschwappen des serbisch-albanischen Konfliktes würden die Albaner die Abspaltung ihrer geschlossenen Siedlungsgebiete ans Mutterland fordern und Teile der mazedonischen Bevölkerung eine Vereinigung mit Bulgarien herbeisehnen.

AP

Staatschef Tito (M.)*: *Strahlender Übervater*

Slobodan Milošević. Dessen Porträt führten die Demonstranten fortan wie eine Ikone überlebensgroß bei den Aufmärschen mit. Dieser Newcomer, sein Vorname heißt übrigens „der Freie“, sein Nachname „der Barmherzige“, wußte sich als „neuer Tito“ in Szene zu setzen.

Milošević wuchs als Kind zugewanderter montenegrinischer Eltern im Nachkriegsserbien auf, er studierte Jura und fiel als tüchtiger Manager und Generaldirektor mehrerer Banken und Großfirmen auf.

Ivan Stambolić, Präsident der serbischen Republik, holte Milošević Mitte der achtziger Jahre in die Politik. Der Aufsteiger merkte sehr schnell, wie trefflich der serbische Nationalismus seine Karriere fördern konnte.

Binnen weniger Monate entledigte sich Milošević aller seiner moderaten Rivalen – auch seines Gönners Stambolić. Ebenso rigoros säuberte er die serbischen Medien und Institutionen von allen liberalen Denkern. Wer sich ihm in den Weg stellte, den denunzierte er als schlechten Patrioten. „Bürgerliche Nationalisten“ brachte er ins Gefängnis.

Das Volk akzeptierte ihn mehrheitlich als seinen neuen Führer. Seit dem Tod von Marschall Tito 1980 gab es keine Politiker in Jugoslawien mehr, die soviel Charisma ausstrahlten wie Milošević.

Bewußt hatte der Kroate Tito nach dem Krieg bei der Bildung seiner sozialistischen Föderation das serbische Übergewicht zurückgestutzt. Zum Schutz der vielfältigen nationalen Minderheiten gab er Bosniern und Mazedoniern eine eigene Teilrepublik, den Ungarn in der Vojvodina und den Albanern im Kosovo das Autonomiestatut. So hielt er das labile Kräfteverhältnis im Vielvölkerstaat im Gleichgewicht.

Nationale Querelen im Kosovo, wo sich die albanische Bevölkerungsmehrheit gegen die Unterdrückung durch den damaligen serbischen Polizeiminister Aleksandar Ranković zur Wehr setzte, veranlaßten Tito 1974, per Verfassungsänderung die Selbstverwaltungskompetenzen des Kosovo wie der Vojvodina zu stärken. Nach Titos Tod machten sich die Albaner im Kosovo jedoch sofort daran, für den Status einer eigenen Republik innerhalb des jugoslawischen Bundesstaats zu kämpfen.

Seither lebte das Kosovo, die ärmste Region Jugoslawiens, praktisch im Kriegszustand. Die Albaner, die hier 87,4 Prozent der Bevölkerung stellten, machten Front gegen die Minderheit von 11,4 Prozent Serben und Montenegrinern – mit dem Ziel, sie endgültig aus dem Land zu jagen.

Weil sie die höchste Geburtenrate in Europa haben, wurde das Übergewicht der Albaner immer größer. Die Serben warfen ihnen Hochverrat vor: Ihr wahres Ziel sei der Anschluß des Kosovo an die benachbarte Volksrepublik Albanien, wo 3,4 Millionen ihrer Landsleute in einem eigenen Staat leben.

Mit Schreckensmeldungen von Morden an Kindern, vergewaltigten Frauen und vergifteten Brunnen fachten beide Seiten die Pogromstimmung an. Das Kosovo, vor allem das legendäre Amselfeld, sei uraltes serbisches Kernland, „auf dem unsere Vorfahren ihr Blut gegen die Türken vergossen haben“, beharrte Milošević, und seine Landsleute hörten es gern. Für Serben ist das Kosovo so gefühlsbefrachtet wie Jerusalem für die Juden.

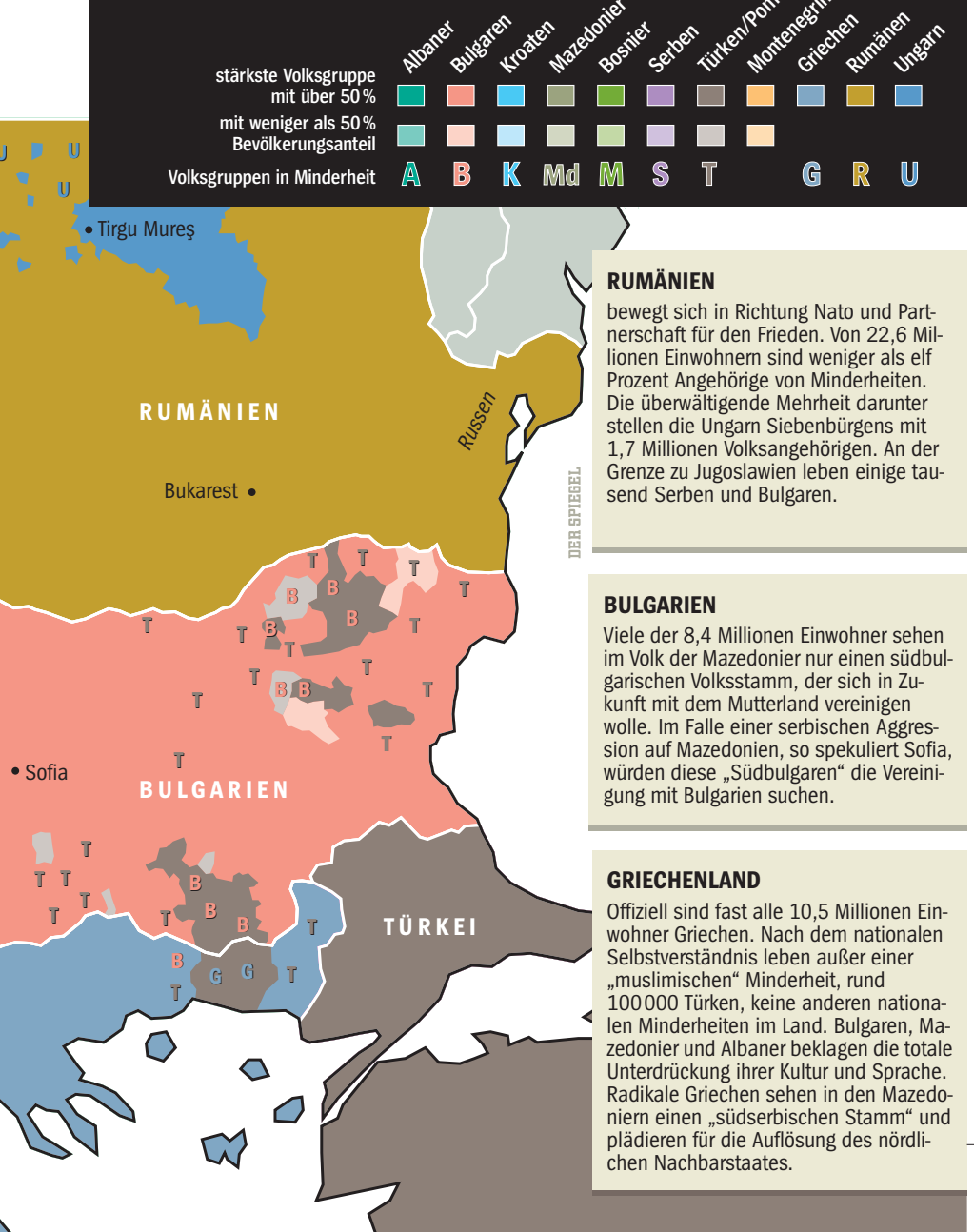
Daraus leitete Milošević für sich das Recht ab, auf friedliche Proteste der Kosovo-Albaner mit Polizeiterror und der Schließung albanischer Schulen und Kultureinrichtungen zu reagieren. Er hob die von Tito gewährte Autonomie der Provinz im Frühjahr 1989 auf und drängte die albanischen Parteien und Bürgerbewegungen in die Illegalität.

In Behörden fanden fast nur noch Serben eine Anstellung, Zehntausende Albaner hingegen, die als politisch unzuverlässig galten, verloren ihren Job. Die Universität wurde geschlossen, eine ganze Generation lernte in Hinterhofschulen. Das Regime verurteilte Oppositionelle

* 1952 in Split.

Flickenteppich Balkan

Die Völker im Südosten Europas, Stand 1991



DER SPIEGEL

RUMÄNIEN

bewegt sich in Richtung Nato und Partnerschaft für den Frieden. Von 22,6 Millionen Einwohnern sind weniger als elf Prozent Angehörige von Minderheiten. Die überwältigende Mehrheit darunter stellen die Ungarn Siebenbürgens mit 1,7 Millionen Volksangehörigen. An der Grenze zu Jugoslawien leben einige tausend Serben und Bulgaren.

BULGARIEN

Viele der 8,4 Millionen Einwohner sehen im Volk der Mazedonier nur einen südbulgarischen Volksstamm, der sich in Zukunft mit dem Mutterland vereinigen wolle. Im Falle einer serbischen Aggression auf Mazedonien, so spekuliert Sofia, würden diese „Südbulgaren“ die Vereinigung mit Bulgarien suchen.

GRIECHENLAND

Offiziell sind fast alle 10,5 Millionen Einwohner Griechen. Nach dem nationalen Selbstverständnis leben außer einer „muslimischen“ Minderheit, rund 100 000 Türken, keine anderen nationalen Minderheiten im Land. Bulgaren, Mazedonier und Albaner beklagen die totale Unterdrückung ihrer Kultur und Sprache. Radikale Griechen sehen in den Mazedoniern einen „südserbischen Stamm“ und plädieren für die Auflösung des nördlichen Nachbarstaates.

meist in Schnellverfahren zu mehrjährigen Haftstrafen wegen „staatsfeindlicher Propaganda“ oder „separatistischer Umtriebe“.

Mit polizeistaatlichem Druck gelang es, die Wortführer der Kosovo-Albaner unter Kontrolle zu halten – bis vor drei Jahren die Befreiungsarmee UÇK in Erscheinung trat. Seitdem wird im Kosovo Politik hauptsächlich mit der Maschinenpistole gemacht.

In den zehn Jahren seit dem Machtantritt von Milošević wurden die Karten auf dem Balkan neu gemischt. Slowenien, Kroatien und Bosnien sind unabhängige Staaten, und nahezu alle Serben leben in ihrem eigenen Staat – allerdings nicht im erträumten Großserbien, sondern in einem zusammengeschrumpften Rest-Jugoslawien, in dem immer noch fast jeder dritte Einwohner einer Minderheit angehört.

Albaner, Ungarn, Sandžak-Muslime, Slowenen, Bosnier, Kroaten und die Angehörigen von Dutzenden anderer Völkerschaften sehen spätestens seit den blutigen Vertreibungen und Pogromen im Kosovo keine Zukunft mehr für sich in einem Staatsgebilde, das keine föderativen Rechtsstrukturen und keinen Minderheitenschutz kennt.

Auch das Experiment eines selbständigen Staates Mazedonien muß scheitern, wenn die Kosovarer im Lande, die bereits ein Viertel der Einwohner stellen, das Übergewicht erhalten. Schon kursieren im benachbarten Bulgarien alte Pläne, Mazedonien erneut aufzuteilen und – wie im letzten Weltkrieg – ein Großbulgarisches Reich einschließlich Skopje zu gründen und den Rest den Albanern oder den Serben zu überlassen.

Angereichert um ein ethnisch rein serbisches Kosovo, mag der serbische Chauvinismus, wenn er nicht gestoppt wird, zum Wahn eskalieren: Montenegro, das sich eben von der Belgrader Vormundschaft zu lösen suchte, wird von dem Flüchtlingsstrom destabilisiert und wieder gleichgeschaltet, die Vojvodina von Ungarn und Rumänen „gesäubert“, die Serbische Republik Bosniens eingemeindet und die brüchige Dayton-Regelung zur Disposition gestellt.

Dann könnten die Kroaten auf die Idee verfallen, sich Teile Bosniens anzueignen. Die aus der kroatischen Krajina vertriebenen Serben trachten nach Rückkehr in die Heimat, und die über den Balkan verstreuten Muslime könnten Schutz vor Verfolgung einfordern.

Expansion und Massenvertreibung würden in einem Krieg aller gegen alle Südosteuropa verwüsten. Truppen der Türkei stehen bereit zum Balkan-Einsatz.

GAMMA / STUDIO X

Festredner Milošević*: *Ein Mann mit Führerqualitäten*

Sie sind geneigt, ihren Glaubensbrüdern beizustehen – auch der in Bulgarien immer wieder geschurigelten türkischen Minderheit.

Wenn der siedende Tiegel, der die Völkerschaften des Balkans nie zu verschmelzen vermochte, einmal überkocht, brechen alle mühsam gebändigten Nationalitätenkonflikte wieder auf. Der Ruf nach dem Selbstbestimmungsrecht, jener legitimen, aber gefährlichen Parole des 20. Jahrhunderts, hallt leicht hinüber nach Moldawien mit seinen Minderheiten und womöglich gar bis in die Ukraine.

Dann kann auch jene ohnmächtige Großmacht nicht mehr in Abstinenz verharren, die sich seit Jahrhunderten als Schutzherr der Serben versteht: Rußland. Selbst nahe der Anarchie, verfügt es immer noch über 6200 Atomsprengköpfe sowie eine supermoderne Interkontinentalrakete mit einer Reichweite bis in die Vereinigten Staaten.

ROLAND SCHLEICHER

* 1989 am 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld.